

Beschlusscontrolling 2018

Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

| Datum der Sitzung | Vorlage-Nr. | Thema der Anregung oder Beschwerde | Beschluss / Auftrag an die Verwaltung (verkürzter Beschlusstext) | Sachstand / Bemerkung |
|-------------------|-------------|--|--|--|
| 13.03.2018 | 3840/2016 | Fahrbahnmarkierung in der Domumgebung (AZ.: 02-1600-170/16) | Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe und bittet die Verwaltung, die in der Mitteilung 0545/2018 aufgeführten Maßnahmen umzusetzen. | Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung Die Bordsteinabsenkungen wurden im Juni 2018, die Markierung im September 2018 ausgeführt. |
| 13.03.2018 | 3275/2017 | Rhein-Gierseilfähre Poll Deutz (Az: 02-1600-87/17) | | Eingabe von Petent zurückgezogen |
| 10.04.2018 | 0391/2018 | Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Köln vom 24.04.2014 (Az: 02-1600-157/17) | | Eingabe abgelehnt |
| 10.04.2018 | 2528/2017 | Antrag zur Unterstützung der Initiative der Vereinten Nationen für die Abschaffung von Atomwaffen als unbedingte Notwendigkeit (Az: 02-1600-79/2017) | Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petenten für ihre Eingabe. Die Intention des eingereichten Antrages ist auch für die Stadt Köln ein wichtiges Anliegen. Das Engagement gegen Atomwaffen hat aufgrund der Ratsbeschlüsse vom 30.10.1984 und vom 25.04.1985 eine lange und gute Tradition....Die Stadt Köln unterstützt somit schon qua langjähriger Mitgliedschaft bei Mayors for Peace die atomare Abrüstung. Im März 2017 erklärte Oberbürgermeisterin Reker anlässlich des Starts der Kampagne „Büchel ist überall. Atom-waffenfrei jetzt!“: „Als Bürgermeisterin für den Frieden - Mayor for Peace - setze ich mich dafür ein, Atomwaffen weltweit abzuschaffen, insbesondere auch die Atombomben beim Jagdbombergeschwader 33 aus Büchel abzuziehen...“ “Diese Erklärung begrüßt der Ausschuss ausdrücklich und bekräftigt erneute die Unterstützung der Initiative der Vereinten Nationen für die Abschaffung von Atomwaffen als unbedingte Notwendigkeit für den Erhalt der Zivilisation und die Verbesserung menschlicher Lebensgrundlagen sowie als potentiellen Schritt zu internationaler Abrüstung und Entspannung. | Amt der Oberbürgermeisterin-Internationales Die Stadt Köln unterstützt die Initiative der Vereinten Nationen für die Abschaffung von Atomwaffen insbesondere durch ihre Mitgliedschaft und Mitarbeit im Netzwerk `Mayors for Peace`. Dazu zählen z.B. ein gemeinsames Schreiben von (Ober-)Bürgermeistern der deutschen Mitgliedstädte an die Bundesregierung, in dem dieser Forderung Nachdruck verliehen wird, und die Teilnahme am jährlichen, öffentlichkeitswirksamen Flaggentag, der in diesem Jahr am 8. Juli am Bezirksrathaus Mülheim stattfinden wird. |

Beschlusscontrolling 2018

Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

| Datum der Sitzung | Vorlage-Nr. | Thema der Anregung oder Beschwerde | Beschluss / Auftrag an die Verwaltung (verkürzter Beschlusstext) | Sachstand / Bemerkung |
|-------------------|-------------|---|--|--|
| 10.04.2018 | 3036/2017 | Bewohnerparken in Köln-Lindenthal (AZ: 02-1600-77/17), Änderung der allgemeinen Voraussetzungen | Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Petentin für ihre Eingabe. Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung im Sinne ihrer nachfolgenden Stellungnahme weiter zu verfahren. Zur Förderung des privaten CarSharings sind mittlerweile Regelungen erarbeitet worden, die die Ausstellung von Bewohnerparkausweisen für mehrere Bewohnerparkgebiete im Rahmen des privaten CarSharings ermöglichen. Die Einführung dieser Möglichkeit ist ab Frühjahr 2018 im Rahmen einer zweijährigen Pilotphase geplant. Neben den allgemeinen Voraussetzungen zur Erteilung eines Bewohnerparkausweises muss jede/r Teilnehmer/in die Kopie einer gültigen Fahrerlaubnis einreichen. Darüber hinaus ist eine Erklärung aller Teilnehmer/innen erforderlich, dass außer dem für das Car-Sharing verwendeten Fahrzeug weder auf einen der Teilnehmer/innen noch auf eine im gemeinsamen Haushalt lebende Person ein weiteres Fahrzeug zugelassen ist | Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung Die Ausstellung von Bewohnerparkausweisen im Rahmen des privaten CarSharings ist seit dem 01.03.2018 im Rahmen eines Pilotprojektes möglich. Eine entsprechende Mitteilung an die Bezirksvertretung wurde am 16.02.2018 gefertigt. |
| 12.06.2018 | 1390/2018 | Völkermorde erinnern, (AZ.: 02-1600-58/18) | Die Intention der Eingabe ist auch für die Stadt Köln ein wichtiges Anliegen. Der Ausschuss bittet darum, in Köln Formen des gemeinsamen Erinnerns an die großen Menschheitsverbrechen des 20. Jahrhunderts zu entwickeln. Die Verwaltung wird beauftragt, für diese zu führende ergebnisoffene Debatte geeignete Formate zu schaffen. Über diesen Beschluss und den Fortgang sind die Fachausschüsse zu informieren. | Amt der Oberbürgermeisterin-Internationales Auf Initiative von Oberbürgermeisterin Reker hat sich am 24.10.2018 ein Initiativkreis 'Menschheitsverbrechen gemeinsam erinnern' gebildet, der zurzeit geeignete Formate für die in der Stadtgesellschaft zu führende Debatte entwickelt und damit im Laufe des Jahres an die Öffentlichkeit treten wird. |

Beschlusscontrolling 2018

Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

| Datum der Sitzung | Vorlage-Nr. | Thema der Anregung oder Beschwerde | Beschluss / Auftrag an die Verwaltung (verkürzter Beschlusstext) | Sachstand / Bemerkung |
|-------------------|-------------|---|--|--|
| 12.06.2018 | 3102/2016 | Umbaumaßnahmen der Straße "Am Kämpchenshof" zwischen Hansanring und Maybachstraße (AZ.: 02-1600-50/16) | <p>Der Ausschuss bittet die Verwaltung, den Bereich im Rahmen der personellen Kapazitäten verstärkt zu überwachen und eine Zweckentfremdung der Tiefgaragenzufahrt zu unterbinden. Er schließt sich der Einschätzung des Petenten zur unbefriedigenden Verkehrssituation für Radfahrende an und regt bei der Verwaltung an, die Fahrspuren für den Radverkehr und für den Geradeausverkehr mit Klebeborden bis auf Höhe der Mitte des Hotelgebäudes physisch zu trennen.</p> <p>Der Ausschuss spricht sich darüber hinaus gegen die Umwandlung der Tiefgaragenzufahrt in eine reine Fahrradspur sowie gegen eine Sperrung der Zufahrt für den motorisierten Individualverkehr aus.</p> <p>Die Verwaltung wird gebeten Gespräche mit dem Kinobetreiber zu führen mit dem Ziel auf die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln und die 2. Zufahrt-möglichkeit von Norden auch auf seiner Webseite und bei Online-Buchungen hinzuweisen.</p> | Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung Die bauliche Maßnahme befindet sich in der Abstimmung. |
| 12.06.2018 | 1294/2018 | Aufteilung der Fußgänger- und Fahrrad-Rennstrecke am Niederländer Ufer, (AZ.: 02-1600-182/17) | <p>Der Ausschuss bittet die Verwaltung die Situation (mögliche Konflikte zwischen dem Rad- und Fußverkehr) weiter zu beobachten und die Polizei zu bitten, die Situation mit dem Ziel zu überwachen, ein gutes Miteinander zwischen zu Fuß Gehenden und Radfahrenden zu erzielen.</p> <p>Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob eine intelligente Beschilderung zur Befriedung der Situation beitragen kann.</p> | Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung Die Straßenverkehrsordnung legt mögliche Beschilderungen abschließend fest, sodass auf diesem Weg keine Änderung zu erwarten ist. Der Beschluss wurde an das Amt für öffentliche Ordnung gegeben zwecks Durchführung von Kontrollen. |
| 12.06.2018 | 1426/2018 | Gleichheitsgrundsatz bei Elternbeiträgen und Berechnungen im Amt für Kinder, Jugend und Familie, (AZ.: 02-1600-13/2018) | | Eingabe abgelehnt |
| 12.06.2018 | 0955/2018 | Busanbindung Lentpark, (AZ.: 02-1600-148/17 und 02-1600-53/18) | | Eingabe abgelehnt |

Beschlusscontrolling 2018**Ausschuss für Anregungen und Beschwerden**

| Datum der Sitzung | Vorlage-Nr. | Thema der Anregung oder Beschwerde | Beschluss / Auftrag an die Verwaltung (verkürzter Beschlusstext) | Sachstand / Bemerkung |
|--------------------------|--------------------|---|---|---|
| 12.06.2018 | 1447/2008 | Benennung nach Rudi Dutschke, (AZ.: 02-1600-55/18) | Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für den Vorschlag, eine Straße oder einen Platz nach Rudi Dutschke zu benennen sowie ihm und seiner Witwe Frau Gretchen Dutschke-Klotz die Ehrenbürgerwürde der Stadt Köln zu verleihen. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden beschließt, das zentrale Namensarchiv zu bitten, den Vorschlag zur Benennung einer Straße oder eines Platzes nach Rudi Dutschke nach positiver Vorprüfung in die Vorschlagsliste des zentralen Namensarchivs aufzunehmen. | Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster Die Prüfung des Geschichtsbildes von Rudi Dutschke ist abgeschlossen und Herr Dutschke wird in die Vorschlagsliste des zentralen Namensarchivs aufgenommen |
| 12.06.2018 | 1544/2018 | Benennung nach Dr. Werner Kind (Az: 02-1600-67/2018) | Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für den Vorschlag, eine Straße nach Dr. Werner Kind zu benennen. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden beschließt, das zentrale Namensarchiv zu bitten, den Vorschlag zur Benennung einer Straße nach Dr. Werner Kind nach positiver Vorprüfung in die Vorschlagsliste des zentralen Namensarchivs aufzunehmen. | Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster Die Prüfung des Geschichtsbildes von Herrn Dr. Werner Kind ist noch nicht abgeschlossen Es fehlt noch die abschließende Stellungnahme vom NS Dokumentationszentrum. |
| 12.06.2018 | 1665/2018 | Änderung der Beutzungs- und Entgeltordnung für die Vermietung von Schulräumen zu nichtschulischen Zwecken, (AZ.: 02-1600-33/18) | Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe. Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung im Sinne ihrer nachfolgenden Stellungnahme weiter zu verfahren. | Amt für Schulentwicklung Die Überarbeitung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Vermietung von Schulräumen konnte krankheitsbedingt noch nicht abgeschlossen werden. |
| 12.06.2018 | 1702/2018 | Kölner-Verkehrsbetriebe-AG (KVB): Aufteilung des Busbetriebes in vier regionalzuständige Gesellschaften zur Umgehung der Arbeitnehmer-Mitbestimmung sowie Absenkung des Einkommensniveaus der Busfahrer/innen (Az: 02-1600-66/2018) | | Eingabe abgelehnt |

Beschlusscontrolling 2018

Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

| Datum der Sitzung | Vorlage-Nr. | Thema der Anregung oder Beschwerde | Beschluss / Auftrag an die Verwaltung (verkürzter Beschlusstext) | Sachstand / Bemerkung |
|-------------------|-------------|---|--|---|
| 13.09.2018 | 0902/2018 | Verbot der Nutzung von Pferden im Kölner Rosenmontagszug und allen Karnevalszügen (Az 02-1600-188/17) | | Eingabe abgelehnt |
| 13.09.2018 | 2712/2018 | Einführung einer Gebührenpflicht für Straßenkunst (Az: 02-1600-125/18) | | Eingabe abgelehnt |
| 13.09.2018 | 1704/2018 | Markierung von Schrotträdern (Az: 02-1600-152/17) | Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe. Die Verwaltung wird beauftragt die Kriterien und Prozesse zu überarbeiten mit dem Ziel, die Schrottfahrräder in kürzerer Frist konsequent aus dem Stadtgebiet zu entfernen. Das Ergebnis dieser Prüfung soll dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden sowie dem Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Recht vor der Sommerpause 2019 vorgelegt werden. | Umwelt- und Verbraucherschutzamt Im März wird ein erneuter Termin mit allen beteiligten Dienststellen stattfinden, um weitere Verbesserungen in der Umsetzung zu diskutieren. |
| 13.09.2018 | 1632/2018 | Schadstoffbelastung Meschenich (Az: 02-1600-148/15) | Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe und schließt sich der vorgeschlagenen Vorgehensweise, wie in der Begründung dargestellt, der Verwaltung an. Die Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen, ob sektionale Kontrollen durchgeführt werden können und eine automatische Durchfahrkontrolle (Beispiel Mönchengladbach dortige Aachener Straße) möglich ist. Es sollen regelmäßige mobile Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden ist über das Ergebnis der Prüfung zu informieren. | Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung Die B51, Brühler Landstraße, ist in der Ortslage Meschenich mit VZ 253 STVO, mit einer zeitlichen Beschränkung zur Nachtzeit 22:00 bis 6:00 Uhr für Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht über 3,5 t beschildert. Seit Jahren finden hier polizeiliche Überwachungsmaßnahmen des Verkehrsverbotes statt. Diese sind jedoch stark abhängig vom jeweiligen Einsatzaufkommen und der zur Verfügung stehenden Personalstärke. Eine ununterbrochene Überwachung des nächtlichen Verkehrsverbotes kann durch die Polizei nicht geleistet werden. |

Beschlusscontrolling 2018

Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

| Datum der Sitzung | Vorlage-Nr. | Thema der Anregung oder Beschwerde | Beschluss / Auftrag an die Verwaltung (verkürzter Beschlusstext) | Sachstand / Bemerkung |
|-------------------|-------------|--|---|---|
| 13.09.2018 | 0774/2018 | Boulevard Ehrenfeld (Az: 02-1600-76/17) | Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petenten für die Eingabe vom 31.05.2017 an die Geschäftsstelle für Anregungen und Beschwerden und die hierin gestellten Forderungen und Änderungen im Zusammenhang mit Planungen zu sonntäglichen Sperrungen der Venloer Straße und fordert die Verwaltung auf, den zweimaligen Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld zum „Boulevard Ehrenfeld“ umzusetzen. Außerdem wird die Verwaltung aufgefordert, auf der Venloer Straße ordnungsrechtlich präsenter zu sein und mit der Polizei gegen Falschparker, Geschwindigkeitsüberschreitungen, Rotlichtverstöße und Lärmbelästigung rigoroser vorzugehen. | Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung Einer grundsätzlichen sonntäglichen Sperrung der Venloer Straße kann aufgrund der Verkehrsbedeutung der Straße nicht entsprochen werden. Die Venloer Straße ist eine Bundesstraße (B55) und hat überörtliche Bedeutung, da der Verlauf über die Stadtgrenze hinaus führt... Die Verwaltung sieht nach wie vor als einzige Möglichkeit zur Einrichtung eines autofreien Sonntags auf der Venloer Straße die Durchführung einer Veranstaltung durch einen Dritten. Nach diesem Modell wäre möglicherweise auch das Projekt "Boulevard Ehrenfeld" durch das städtische Ordnungsamt auf der Grundlage eines vom Veranstalter zu erstellenden Verkehrskonzeptes genehmigungsfähig. Für die Durchführung von Veranstaltungen im öffentlichen Raum und die Erstellung von Verkehrskonzepten aus Anlass dieser Veranstaltungen besteht in der Verwaltung weder Personal- noch Finanzansatz. |
| 13.09.2018 | 2587/2018 | Verkehrsberuhigung & Verkehrsplanung Vogelsanger Str. (zwischen Helmholtzstraße und äußere Kanalstraße (Az: 02-1600-18/18) | Zurückgestellt mit der Bitte den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden zu dem Ortstermin mit der Bezirksvertretung Ehrenfeld einzuladen. | Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung Der Bürgerdialog findet am 02.04.2019 ab 19:00 Uhr im Sitzungssaal des Bezirksrathauses Ehrenfeld statt. Seitens der Fachverwaltung werden das Stadtplanungsamt und das Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung teilnehmen. Zurzeit wird ein Vortrag zu den verkehrlichen Punkten der Bürgereingabe erstellt. |

Beschlusscontrolling 2018

Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

| Datum der Sitzung | Vorlage-Nr. | Thema der Anregung oder Beschwerde | Beschluss / Auftrag an die Verwaltung (verkürzter Beschlusstext) | Sachstand / Bemerkung |
|-------------------|-------------|---|---|--|
| 13.09.2018 | 1587/2018 | Ausstattung der öffentlichen Spielplätze für Kinder unter 3 bzw. unter 6 Jahren (Az: 02-1600-46/2018) | Der Ausschuss dankt der Petentin für ihre Eingabe und nimmt diese zur Kenntnis. Der Ausschuss folgt der fachlichen Einschätzung der Verwaltung, wonach der öffentliche Spielplatz im Hilde-Domin-Park bedarfsgerecht ausgestattet ist. Das Spielangebot auf öffentlichen Spielplätzen orientiert sich vorrangig an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen im Alter zwischen 6 und 18 Jahren. Von Eltern, Tagespflege- sowie anderen Begleitpersonen jüngerer Kinder wird - auch vor dem Hintergrund der ihnen obliegenden Aufsichtspflicht - erwartet, dass sie die Fähig- und Fertigkeiten der von ihnen betreuten Kinder einschätzen können und gemäß dem Entwicklungsstand der Kinder im konkreten Fall fundiert entscheiden, welcher Bereich eines Spielplatzes für den Aufenthalt und das Spielen des Kindes bzw. der Kinder geeignet ist. Der Ausschuss bittet den Jugendhilfeausschuss, sich mit dem Spielangebot für unter 6 jährige zu befassen. | Amt für Kinder, Jugend und Familie Mit der aktuellen Spielplatzbedarfsplanung, die am 18.12.2018 im Rat beschlossen wurde und auch vorbereitend im Jugendhilfeausschuss, konnte der Zusatz aufgenommen werden, dass das Alter der Kinder verstärkt zu berücksichtigen ist. So soll sichergestellt werden, dass auch Kleinkindern unter Aufsicht der Eltern, kind- und altersgerechte Spielmöglichkeiten angeboten werden können. https://ratsinformation.stadt-koeln.de/to0050.asp?__ktonr=263921 |
| 13.09.2018 | 2569/2018 | Kulturstandorte retten-Lebensqualität in Köln sichern (Az: 02-1600-167/17) | 1. Die Verwaltung beabsichtigt ein Gespräch mit dem Grundstückseigentümer und Jack in the box zu initiieren. Aufgrund der politischen Beschlüsse zur Integration kultureller Nutzungen in der Ostspitze sind auch die politischen Vertreter*innen der Bezirksvertretung Ehrenfeld und ggf. aus StEA /Ausschuss für Kunst und Kultur an dem Gespräch zu beteiligen. 2. Das Nutzungskonzept von JACK IN THE BOX soll unter Berücksichtigung des Betriebs einer vollwertigen Kulturspielstätte - mit Betriebszeiten auch nach 22:00 Uhr – realisiert werden. ... 3. Zur Abwicklung der motorisierten Besucherströme bei Veranstaltungen, ist die Realisierung der für den Kulturbetrieb notwendigen Ostspitzenausfahrt durch die Verwaltung zu prüfen. 4. Die Abrissgenehmigung für die Güterhalle und die Baugenehmigungen für die Ostspitze sollen erst erteilt werden, wenn alle Fragen einer künftigen Nutzung geklärt und baurechtlich abgesichert sind. 5. Da vereinbarte Eckpunkte zur Entwicklung des Geländes nicht im B-Plan dargestellt werden konnten, sollten sie per Städtebaulichen Vertrag geregelt werden. Insofern wünscht die BV Einsichtnahme in diesen Vertrag, ggf. im nichtöffentlichen Teil. 6. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden ist über die Umsetzung des Beschlusses zu informieren... Die Verwaltung wird beauftragt, zukünftig bei Bebauungsplanverfahren verstärkt Kultur- und Kreativstandorte zu berücksichtigen und nach Möglichkeit in die Planung zu integrieren. | Stadtplanungsamt Ein Gespräch mit dem Grundstückseigentümer und Jack in the Box wurde bisher von der Verwaltung noch nicht initiiert. Dieses Gespräch kann zielführend nur auf der Grundlage eines belastbaren Nutzungskonzeptes von jack in the box geführt werden. Ein solches Konzept liegt der Verwaltung bisher noch nicht vor. Aussagen zu Schallschutzmöglichkeiten und zur Lenkung der motorisierten und nicht motorisierten Besucherströme können erst nach Vorliegen eines belastbaren Nutzungskonzeptes erfolgen. Eine Abrissgenehmigung für die Güterhalle bzw. eine Baugenehmigung für die Ostspitze kann nicht mit dem Nutzungskonzept von Jack in the box verknüpft werden. Sollten entsprechende Anträge bei der Bauaufsicht eingehen, so sind diese bauordnungsrechtlich und planungsrechtlich zu prüfen. Bei Anträgen, die nicht gegen öffentlich-rechtliche Bauvorschriften verstoßen, besteht im Übrigen ein Rechtsanspruch auf Genehmigung. |

Beschlusscontrolling 2018**Ausschuss für Anregungen und Beschwerden**

| Datum der Sitzung | Vorlage-Nr. | Thema der Anregung oder Beschwerde | Beschluss / Auftrag an die Verwaltung (verkürzter Beschlusstext) | Sachstand / Bemerkung |
|--------------------------|--------------------|---|---|---|
| 13.09.2018 | 2223/2018 | Ausbau der Rasengleise im KVB-Gleisnetz (Az: 02-1600-50/18) | Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für den Vorschlag, den Ausbau der Rasengleise im Stadtbahnnetz voranzutreiben und spricht sich dafür aus, dass die Verwaltung in Abstimmung mit der KVB den weiteren Ausbau von Rasengleisen im Zusammenhang mit den regelmäßig erforderlichen Streckensanierungen prüft und nach Möglichkeit auch im Zuge der Sanierung umsetzt, um zusätzliche Kosten und Verkehrseinschränkungen für die Fahrgäste zu vermeiden. | Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau Es liegt kein neuer Sachstand vor. |
| 13.09.2018 | 2691/2018 | RheinEnergieStadion als Energiegewinnungsort (Az: 02-1600-111/18) | | abgelehnt |
| 13.09.2018 | 2483/2018 | Veröffentlichung von XBRL-Datensätzen aus den Steuererklärungen (Az: 02-1600-90/18) | | abgelehnt |

Beschlusscontrolling 2018

Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

| Datum der Sitzung | Vorlage-Nr. | Thema der Anregung oder Beschwerde | Beschluss / Auftrag an die Verwaltung (verkürzter Beschlusstext) | Sachstand / Bemerkung |
|-------------------|-------------|--|---|--|
| 13.09.2018 | 2483/2018 | Kölner Stadtordnung zum Modellsport (Az: 02-1600-142/17) | Der Ausschuss dankt den Petenten für ihre Eingabe und fordert die Verwaltung auf:- kurzfristig ohne Verbrennungsmotor angetriebene Modellboote auf geeigneten Gewässern und Modellfahrzeuge auf Plätzen und Wegen in Grünflächen zu erlauben, - mittelfristig Gespräche mit den Petenten als Interessenvertretern des Modellsports und den beteiligten Fachämtern Amt für Landschaftspflege und Grünflächen, Umwelt- und Verbraucherschutzamt sowie Amt für öffentliche Ordnung zu suchen, um eine langfristige Lösung und Umsetzung zu erreichen, - eine Änderung der Kölner Stadtordnung im Sinne des Petenten vorzubereiten und dem AVR vorzulegen, - dem AVR und dem AuB einen Bericht über die Umsetzung vorzulegen. | <p>Amt für öffentliche Ordnung</p> <p>Es wird demnächst wahrscheinlich das Modellbootfahren auf 3 bis 4 naturfernen Parkgewässern, die noch abschließend festgelegt werden, für Modellboote mit einer Höchstgeschwindigkeit von 6 km/h im Wege einer sog. zivilrechtlichen Erlaubnis zukünftig gestattet werden. Dazu sollen dort entsprechende Schilder aufgestellt werden (kein Vertrag zwischen Modellbootverein und Stadt Köln, sondern das Schild ist dann sozusagen der Erfüllungsgehilfe des Vertragspartners Stadt Köln und des Motorbootfahrers).</p> <p>Bis zur Rechtskraft der Änderungen im Landschaftsplan werden Modellbootfahrten auf den 3 in Rede stehenden Gewässern (Decksteiner Weiher, Konrad-Adenauer Weiher; Höhenberger See) geduldet werden.</p> <p>Eine weitergehende Gestattung insbesondere in Bezug auf die Modellflugzeuge ist nach erneuter rechtlicher Prüfung nicht möglich. Aber Modellfahrzeuge in Grünanlagen können ebenfalls geduldet werden, wenn sie nicht (wesentlich) schneller als 6 km/h (das ist ein schneller Schritt zu Fuß und so leicht von allem, was flitzt zu unterscheiden ist) sind. Dann gelten sie als „harmloses Kinderspielzeug“ nach § 24 (4) Kölner Stadtordnung.</p> |

Beschlusscontrolling 2018

Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

| Datum der Sitzung | Vorlage-Nr. | Thema der Anregung oder Beschwerde | Beschluss / Auftrag an die Verwaltung (verkürzter Beschlusstext) | Sachstand / Bemerkung |
|-------------------|-------------|--|--|---|
| 31.10.2018 | 2214/2018 | Kölner Wasservögel (Az: 02-1600-98/17) | Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Petentin für ihre Eingabe. Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung im Sinne ihrer nachfolgenden Stellungnahme weiter zu verfahren: 1 - Erteilung einer Genehmigung für das Betreten sowie des Befahrens der Wege und des Gewässers für ihre Einsätze zum Einfangen verletzter, hilfebedürftiger Tiere für die Weiherpaten erfolgt grundsätzlich, 2. - Übernahme von sinnvollen Kosten für die notwendige tierärztliche Behandlung von der Stadt Köln auf freiwilliger Basis jeweils nach Abstimmung, 3. - Erteilung von Genehmigungen für das Anfüttern zum Fang von hilfebedürftigen Wasservögeln für die Weiherpaten. 4. - Ausstiege für Wasservögel sind artgerecht zu gestalten, 5. - Rückzugsbereiche sollen eingerichtet werden, 6. - weitere (Unter-)Wasserpflanzen sind einzubringen, 7. - an Gewässern sind Schilder aufzustellen, die auf das Hundeanleingebot hinweisen, 8. - das Graskarpfenproblem ist zu prüfen, 9. - zur Beifütterung wird die <u>Meinung der Vogelschutzwarte NRW eingeholt</u> | Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz Es liegt kein neuer Sachstand vor. |
| 31.10.2018 | 2687/2018 | Fahrradfahrer im Rheinauhafen (02-1600-182/17) | Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Petentin für ihre Eingabe. Die Verwaltung wird gebeten, bei gemeinsamen Terminen mit der Polizei, auf das Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme im Straßenverkehr hinzuweisen. | Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung Der Termin ist noch nicht abgestimmt, findet aber in Kürze statt. |
| 31.10.2018 | 2836/2018 | Gedenkfeier aus Anlass des Endes des 1. Weltkrieges vor einhundert Jahren (Az: 02-1600-142/18) | | Eingabe erledigt |
| 31.10.2018 | 3263/2018 | Ermäßigung im Kölner Zoo für auswärtige Bezieher von Sozialleistungen (Az: 02-1600-166/2018) | Der Ausschuss dankt dem Petenten für seine Eingabe. Die Verwaltung wird beauftragt im Regio Köln Bonn e.V. auf Nachbarkommunen zuzugehen und eine Lösung zu erarbeiten, wie zukünftig eine Kooperation gestaltet werden kann mit dem Ziel, Menschen und Familien die Sozialleistungen in den Nachbarkommunen beziehen, einen kostenfreien bzw. kostenreduzierten Zugang zu Bildungseinrichtungen und kulturellen Einrichtungen der Stadt Köln und der anderen Kommunen zu gewähren. Hierfür sollte auch der Landschaftsverband mit einbezogen werden. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden wird über den Fortgang dieses Auftrags informiert. Die zuständigen Fachausschüsse sind zu beteiligen. | Kämmerei Es liegt kein neuer Sachstand vor. |

Beschlusscontrolling 2018

Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

| Datum der Sitzung | Vorlage-Nr. | Thema der Anregung oder Beschwerde | Beschluss / Auftrag an die Verwaltung (verkürzter Beschlusstext) | Sachstand / Bemerkung |
|-------------------|-------------|---|--|---|
| 27.11.2018 | 3047/2018 | Einführung von fahrscheinlosen Tagen an allen Samstagen im Jahr 2019 auf den ÖPNV und SPNV-Linien im Kölner Stadtgebiet (Az: 02-1600-95/18) | Der Ausschuss dankt dem Petenten für seine Eingabe. Die Eingabe wird zur weiteren Beratung in den Verkehrs- und Finanzausschuss verwiesen, mit der Bitte, über die Umsetzung der Eingabe unter Berücksichtigung übergeordneter Aspekte der Haushalts- und Verkehrsplanung der Stadt Köln zu beraten. | Kämmerei Eine Beschlussvorlage für die Beratung in Verkehrs- und Finanzausschuss liegt vor. |
| 27.11.2018 | 3314/2018 | Mobilitätswende - Modalsplit (Az: 02-1600-126/18) | | abgelehnt |
| 27.11.2018 | 3648/2017 | Lärm- und Umweltbelästigung durch den Verkehr im Herkulestunnel Köln-Ehrenfeld (Az: 02-1600-44/17) | Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten und beauftragt die Verwaltung, geeignete Maßnahmen im Bereich des Herkulestunnels zur Reduzierung der Lärmimmissionen zu prüfen. Weiterhin soll geprüft werden, ob eine Blitzanlage in Köln-Ehrenfeld vor dem Herkulestunnel in Fahrtrichtung stadteinwärts eingerichtet werden kann, um die Einhaltung der zulässigen Geschwindigkeit von 50 km/h zu unterstützen. Die BV 4 und der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden sind zeitnah über das Ergebnis der Prüfung zu unterrichten (bis spätestens 06/2019). Die Verwaltung soll die Einrichtung von Geschwindigkeitsmessungen im gesamten Bereich und nicht nur innerhalb des Herkulestunnels prüfen. | Amt für öffentliche Ordnung Das Prüfungsergebnis wird bis Juni vorgelegt. Die Prüfung ist derzeit noch nicht abgeschlossen. |
| 27.11.2018 | 3417/2018 | Reduzierung der durch Laubbläser verursachten Lärmimmissionen (Az: 02-1600-173/18 und 02-1600-182/18) | Der Ausschuss Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe. Der Ausschuss Anregungen und Beschwerden stimmt zu, dass auch zukünftig Laubblasgeräte beim Amt für Landschaftspflege und Grünflächen in der Grünunterhaltung eingesetzt werden können, um öffentliche Wege in und an Grünanlagen von Laub und Rasenschnitt zu befreien und so die verkehrssichere Begehbarkeit herzustellen. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden begrüßt den Weg der Umstellung auf emissionsarme Geräte. | Koordinierungsstelle Abfallwirtschaft und Amt für Landschaftspflege und Grünflächen Es liegt kein neuer Sachstand vor. Die Verwaltung stellt weiterhin auf emissionsarme Geräte um. |
| 27.11.2018 | 3656/2018 | Aktuelle Situation Brasiliens (Az: 02-1600-201/18) | | Eingabe erledigt |

Beschlusscontrolling 2018**Ausschuss für Anregungen und Beschwerden**

| Datum der Sitzung | Vorlage-Nr. | Thema der Anregung oder Beschwerde | Beschluss / Auftrag an die Verwaltung (verkürzter Beschlusstext) | Sachstand / Bemerkung |
|--------------------------|--------------------|--|---|--|
| 27.11.2018 | 3711/2018 | Silvester und Feuerwerk (Az: 02-1600-200/18) | Der Ausschuss dankt dem Petenten für seine Eingabe und beschließt dem Wunsch eines allgemeinen Verbots für das Abrennen von Pyrotechnik und/oder Feuerwerk nicht zu folgen. Er verweist zusätzlich auf die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für das Sprengstoffgesetz. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob weitere schutzwerte Zonen, wie die „böllerfreie Zone“ um den Dom ausgewiesen werden können. | Amt für öffentliche Ordnung Vgl. hierzu die Mitteilung zur Sitzung des Ausschusses am 05.02.2019 |